

Stadtrats-Streit um das „Auslaufmodell“ Straßenausbaubeiträge

02. Juni 2018 / 02:01 Uhr

Pößneck. Der Pößnecker Stadtrat hat am Donnerstagabend mit Mehrheitsbeschlüssen den Weg für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Krietschenweg und in der Tuchmacherstraße freigebracht. Zuvor hatte Straßenausbaubeitrags-Gegner Wolfgang Kleindienst (Birso) versucht, eine Aussetzung dieser Entscheidungen bis 31. Dezember 2018 herbeizuführen. Denn die Straßenausbaubeiträge seien in Thüringen ein „Auslaufmodell“ und müssten ab 1. Januar 2019 vielleicht nicht mehr erhoben werden. Man möge den Grundstückseigentümern doch die Bescheide ersparen.

Constanze Truschzinski (SIP) leistete Kleindienst Schützenhilfe. Die Stadt und der Stadtrat sollten doch, wie sie meinte, beim Thema Straßenausbaubeiträge den „Mut“ aufbringen und sagen: „Wir lassen das jetzt.“

„Momentan ist es so, dass die Beiträge zu erheben sind“, hielt Sabrina Roy (FDP/FW/FFW) dagegen. Die Stadt sei verpflichtet, diese möglichen Einnahmen zu erzielen.

Schon zuvor hatte Bürgermeister Michael Modde (parteilos) Kleindienst bescheinigt, einen „Vortrag“ gehalten zu haben, welcher nicht zu den sogenannten Kostenspaltungsbeschlüssen zu den beiden Straßen passe. Stadträte hätten einen Eid darauf geschworen, Gesetze einzuhalten. Kleindienst habe quasi zum Rechtsbruch aufgerufen. Und was der Landtag irgendwann in Sachen Straßenausbaubeiträge beschließen werde, könne kaum ernsthaft vorausgesagt werden.

Letztlich unterlag Kleindienst mit seinem Versuch, die Krietschenweg- und Tuchmacherstraßen-Beschlüsse zu vertagen, äußerst knapp – vielleicht auch nur zufällig. Denn acht Ja- standen acht Nein-Stimmen (bei sechs Enthaltungen) gegenüber und in einer solchen Situation haben Anträge Pech. Der Kleindienst-Initiative schlossen sich auffällig insbesondere die Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft SPD/Grüne an, aber eben nicht alle Sozialdemokraten, was dann ausschlaggebend war.

Das Geschehen beobachteten einige Schlettweiner und eine Frau aus dem Ortsteil platzte mit der Beschwerde in die Stadtratsdebatte hinein, dass beim Krietschenweg-Bau vor zwanzig Jahren von solchen Beiträgen quasi nicht die Rede gewesen sei. Außerdem würde die Stadt nicht immer die früher gezahlten wiederkehrenden mit den jetzigen einmaligen Beiträgen verrechnen. Letztgenanntem wurde seitens der städtischen Verwaltung sofort widersprochen.

Neustädter Stadtrat für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Mehrheitlich beschloss das Gremium eine Resolution an die Landesregierung
02. Juni 2018 / 02:58 Uhr



Karl-Heinz Stolze Foto:

Neustadt. Die Straßenausbaubeiträge waren in der jüngsten Sitzung des Neustädter Stadtrates am Donnerstagabend erneut Thema. Mit neun Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen sowie drei Enthaltungen beschlossen die Mitglieder des Gremiums eine Resolution, in der sie die Landesregierung auffordern, schnellstens ein Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu beschließen, bei dem die Kommunen nicht zusätzlich finanziell belastet werden.

Der Beschluss soll durch den Bürgermeister zur Kenntnis gegeben werden. Der Stadtrat folgte damit mehrheitlich dem Änderungsantrag, der durch die Fraktion der Linken gestellt worden war. In Pößneck hatte man sich der Resolution nach längerer Diskussion schon im April angeschlossen.

Ursprünglich hatte Stadtratsmitglied **Karl-Heinz Stolze von der Unabhängigen Bürgervertretung (UBV)** den Antrag in die Stadtratssitzung eingebracht. In der von ihm gestellten Resolution war folgendes formuliert: „Seit dem 17. Januar 2018 ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für Ortschaften durch die CSU Bayern in aller Munde. Neun Monate vor der Landtagswahl in Bayern hat die CSU-Fraktion beschlossen, die ungerechten Straßenausbaubeiträge per Gesetz abzuschaffen. Die Abgeordneten forderten gleichzeitig ein neues Finanzierungsmodell bei der Verteilung der Straßenausbaubaukosten. Dieses wichtige Signal zur Beseitigung von Unrecht sollte nun auch in Thüringen alle Landtagsabgeordneten und die Landesregierung aktivieren, um Gleiches zu tun.“

Auch wenn die Linke grundsätzlich dafür sei, diese Beiträge abzuschaffen, wollte der Fraktionsvorsitzende Thomas Hofmann den Antrag ändern. „Mich stört an dieser Erklärung das Wort Unrecht. Man kann die Straßenausbaubeiträge als ungerecht empfinden, das tun wir auch, aber

Unrecht ist etwas anderes“, begründete Hofmann die Entscheidung. Die Mehrheit stimmte der von der Linken beantragten Änderung zu.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrich Wissing zeigte hingegen wenig Verständnis für den Antrag. „Es wird immer gesagt, die Kommune soll nicht belastet werden, jedoch wird nie gesagt, wo das Geld ansonsten herkommen soll“, sagte er. Zudem hätten 80 Prozent der Leute bereits Straßenausbeiträge bezahlen müssen. „Was ist mit denen, die schon bezahlt haben. Das ist absolut ungerecht und sinnlos“, betonte Ulrich Wissing.

Auch Udo Schedlinski (Bündnis für Neustadt) stimmte dem Antrag prinzipiell zu, ihm drängte sich allerdings auch die Frage auf, woher das Geld für den Straßenausbau alternativ kommen soll. „Thüringen ist ein Nehmerland, das jährlich mehr als vier Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich bekommt. Das Land hat kein Geld.“

Es gebe keine Gerechtigkeit in dieser Angelegenheit, stand indes für Karl-Heinz Stolze fest. „Vielleicht sollten wir aber zumindest an die Generationengerechtigkeit denken. Wenn wir nichts gegen die Straßenausbaubeiträge unternehmen, haben wir das Spiel in 20 Jahren und damit auch unsere Kinder wieder“, gab er zu bedenken.

Theresa Wahl / 02.06.18